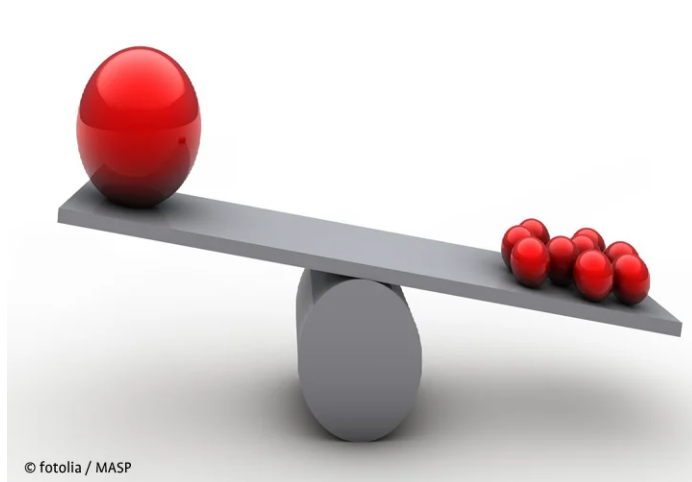


03.12.2015 Politik

KBV fordert Investitionen des Bundes in ambulante Versorgung

Kassenärztliche Bundesvereinigung



Die KBV fordert eine stärkere Unterstützung des Bundes bei der Förderung der ambulanten Versorgung. „Der drohende Ärztemangel ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft“, sagte Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Gassen heute in Berlin.

In den nächsten Jahren werden tausende Mediziner altersbedingt aus der Versorgung der Patienten ausscheiden. „Die Kassenärztlichen Vereinigungen unternehmen sehr viel, um junge Ärzte als Nachfolger zu gewinnen“, betonte KBV-Vorstand Dipl.-Med.

Regina Feldmann. Trotzdem könnten viele freiwerdende Praxissitze in der haus- und fachärztlichen Versorgung vor allem außerhalb der Ballungsräume nicht wiederbesetzt werden.

Programm zur Förderung von Arztpraxen

Um eine flächendeckende ambulante Versorgung auch in Zukunft sicherzustellen, ist nach Ansicht des KBV-Vorstandes auch ein gezieltes, vom Bund ausgehendes Förderprogramm zur Weiterentwicklung der vertragsärztlichen Versorgung notwendig. Vorbild könnte der Investitionsförderungsfonds für Kommunen sein, den die Bundesregierung im Sommer mit dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz beschlossen hat.

3,5 Milliarden Euro für Kommunen

Der Förderungsfonds in Höhe von 3,5 Milliarden Euro soll erforderliche Investitionen in finanzschwachen Gemeinden unterstützen, damit sich Strukturunterschiede zwischen Regionen nicht verfestigen. Allerdings sind ambulante medizinische Versorgungsstrukturen durch diesen Fonds derzeit nicht förderfähig. Nur die Krankenhäuser profitieren von einer Förderung

„Öffentliche Mittel sollten nicht ausschließlich in Krankenhäuser investiert werden“, forderte Gassen. Dann würden sich noch weniger Ärzte für eine Niederlassung entscheiden. Er wies darauf hin, dass die Medizin immer ambulanter werde. Zudem werde durch eine zunehmende Anzahl von Forschungsarbeiten belegt, dass in den Regionen mit

höherer Arztdichte Wartezeiten auf Arzttermine sowie potenziell vermeidbare Krankenhausfälle am niedrigsten ausfallen.

Strukturfonds der KVen mit Bundesmitteln auffüllen

Dieser Entwicklung müsse die öffentliche Hand bei der Vergabe ihrer Fördermittel folgen, sagte der KBV-Chef. Nach festgelegten Kriterien könnte die Bundesregierung beispielsweise Finanzmittel den jeweiligen Strukturfonds der Kassenärztlichen Vereinigungen zur Verfügung stellen. Die KBV werde der Politik dazu noch einen Vorschlag vorlegen.

Bevölkerung spürt Ärztemangel



Laut KBV-Versichertenbefragung klagt jeder fünfte Bundesbürger über einen Mangel an Hausärzten. Rund 40 Prozent der Befragten gaben an, dass es in ihrer Wohnortnähe zu wenige Fachärzte gebe. Dass dies nicht Folge einer falschen Verteilung, sondern eines zunehmenden Ärztemangels ist, zeigt eine aktuelle Analyse des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (Zi). Danach gibt es zwar regionale Unterschiede. Diese sind aber deutlich geringer ausgeprägt als in anderen Bereichen, zum Beispiel bei den Krankenhausbetten.

Strukturfonds der Kassenärztlichen Vereinigungen

Im Versorgungsstrukturgesetz hat der Gesetzgeber 2012 festgelegt, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen für unterversorgte Regionen Strukturfonds bilden können. Mit dem Geld sollen Maßnahmen gegen den Ärztemangel finanziert werden. Möglich sind beispielsweise Zuschüsse zu den Investitionskosten bei Neuniederlassungen oder der Gründung von Zweigpraxen sowie zur Vergütung ärztlicher Leistungen.

Mit den Geldern kann auch die Ausbildung von Medizinerinnen gefördert werden, zum Beispiel über Stipendien für Studenten. In einen solchen Fonds kann die KV bis zu 0,1 Prozent der morbiditätsbedingten Gesamtvergütung einzahlen. In diesem Fall müssen die Krankenkassen zusätzlich einen Betrag in gleicher Höhe in den Strukturfonds entrichten.

Weiterführende Informationen

PraxisNachrichten: Vermeidbare Krankenhausfälle bergen Einsparpotenzial in Milliardenhöhe (Stand: 29.10.2015)	
Faktenblatt des Zi: Sind niedergelassene Ärzte zu ungleich verteilt? (PDF, 200 KB) (Stand: 03.12.2015)	
Versichertenbefragung der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag der KBV	